

Beschlussvorlagen für den Ratschlag:

Nachstehend eine Beschlussvorlage zur Verabschiedung auf dem Ratschlag.

Für die AG Finanzmärkte & Steuern
Alfred Eibl
28.08.2019

Vorlage A:

„Das Geld gehört uns“ - Gegen die völlige Privatisierung des Geldes durch Facebooks LIBRA Wir brauchen digitales Bargeld für alle - aber unter öffentlicher Kontrolle

Schon heute weiß Facebook oft mehr über uns als wir selbst. Mit dem Zugriff des Digitalkonzerns auf unsere Zahlungsverkehrsdaten würde die Kontrolle beinahe total. Doch das Projekt eines privaten, plattformbasierten digitalen Bargelds nur unter dem Aspekt des Datenschutzes zu kritisieren, greift zu kurz: Libra wäre ein weiterer Schritt zur völligen Privatisierung des Geldes und würde unser Finanzsystem noch instabiler machen.

Mit seinem Privatgeld-Projekt zielt Facebook – zunächst – auf Länder mit mangelhaftem Bankensystem oder schwachen Währungen. Unter dem Vorwand, jene weltweit 1,7 Milliarden Facebook-User zu unterstützen, die keinen Zugang zu Bankdienstleistungen haben, will der Konzern die staatliche Geld- und Finanzpolitik aushebeln. Ein zentraler Bereich der gesellschaftlichen Infrastruktur würde privatisiert und monopolisiert.

Dass damit auch das Bankensystem der Industrieländer in Frage gestellt wird, zeigen die nervösen Reaktionen aus der Finanzpolitik, der Bankenbranche und von den Zentralbanken. Die eingespielte Rollenverteilung zwischen staatlicher Finanzpolitik, Zentralbanken und privatwirtschaftlichen Banken, die im Krisenfall mit Steuergeld gerettet werden, gerät ins Wanken. Das wäre kein Fehler, ginge die Entwicklung mit Libra nicht in die vollkommen falsche Richtung. Mit dem Facebook-Geld droht eine neue, völlig unregulierte Finanzmacht zu entstehen.

Doch dagegen sein ist zu wenig. Die neuen digitalen Plattformtechnologien bieten Chancen und sind für viele Nutzerinnen und Nutzer attraktiv. Sie dürfen aber nicht den privaten Profitinteressen von Facebook und Co. untergeordnet werden, sondern müssen als öffentlicher Service zur Verfügung gestellt werden.

Dafür ist ein am Gemeinwohl orientiertes europäisches Geldsystem unter öffentlicher Kontrolle notwendig. Gegenwärtig sind wir auf zweitrangiges

Bankengeld oder zukünftig auf das private Geld der Digitalkonzerne angewiesen, beide in Krisenzeiten höchst unsicher.

Attac fordert, unser Geld auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und allen Bürgerinnen und Bürgern neben dem bisherigen Bargeld auch gebührenfreien Zugang zu elektronischem Zentralbankgeld als gesetzlichem Zahlungsmittel zu verschaffen. Dabei muss sichergestellt sein, dass dies in anonymer Form und dezentral erfolgt.